

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(29. - öffentliche - Sitzung am 3. Mai 2019)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/850](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 38 mit weiteren Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD

Enthaltung: -

2. **Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2426](#)

Diesen Punkt setzte der - mitberatende - Ausschuss von seiner Tagesordnung ab.

3. **Konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Familien-Clans**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1521](#)

Der - federführende - Ausschuss kam überein, zu dem Antrag eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Er bat die Sprecher der Fraktionen, den Kreis der Anzuhörenden festzulegen. Die von der Landesregierung übersandte Landesrahmenkonzeption erklärte der Ausschuss einstimmig für vertraulich gemäß § 95 a der Geschäftsordnung.

4. **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Unterrichtung durch die Landesregierung anlässlich der Berichterstattung in der Bild-Zeitung vom 11. April 2019 zu der Suspendierung eines Mitarbeiters des niedersächsischen Verfassungsschutzes und deren Hintergründe**

Der Ausschuss bat die Landesregierung um mündliche Unterrichtung.